

«Wir können einiges mehr für einen ökologischen Pflanzenschutz tun»

Die Träger der Trinkwasser- und Pestizidverbotsinitiative führen wuchtige Abstimmungskampagnen. JardinSuisse hat den Mitgliedern ein Argumentarium zugestellt, das genutzt werden kann, um die Diskussion über die beiden Begehren auf den Boden der Tatsachen zurückzuholen. Der Verband der Grünen Branche will aufzeigen, dass es synthetische Pflanzenschutzmittel braucht, diese aber noch weiter reduziert werden können. Interview: Urs Rüttimann



Die beiden Pestizidinitiativen fordern in schrillum Ton, dass endlich keine oder weniger Pestizide in der Nahrungsmittel- und Pflanzenproduktion eingesetzt werden. «lebenstattgift.ch» lautet beispielsweise die Webadresse der Pestizidverbotsinitiative. Sobald die Seite aufgestartet ist, sieht der Benutzer einen angeblich pestizidbelasteten Säugling und liest die Überschrift: «Pestizide sind überall. Du kannst das ändern.» Um die aufgeheizte Stimmung zu versachlichen, hat JardinSuisse ein Argumentarium mit Fakten und einer Einschätzung der Zukunft erarbeitet. g'plus befragte Josef Poffet, Bereichsleiter und Handel bei JardinSuisse, wie nachhaltig die Pflanzenproduktion und der GaLaBau sind und welche Möglichkeiten die Grüne Branche hat, um ihre Ökobilanz zu verbessern.



Josef Poffet, Bereichsleiter Produktion und Handel bei JardinSuisse. Foto: Urs Rüttimann

Wieso soll die Grüne Branche im Abstimmungskampf aktiv werden?

JOSEF POFFET: Die Trinkwasserinitiative und die Pestizidverbotsinitiative nehmen einen unterschiedlichen Blickwinkel ein, haben aber eigentlich die gleiche Zielsetzung: Sie wollen umweltschonende Produktionsmethoden in der Landwirtschaft fördern und mit klaren Vorschriften erzwingen, dass dieses Ziel umgesetzt wird. Die Annahme einer der beiden oder beider Initiativen würde auch die Gärtnerbranche betreffen. Meiner Einschätzung nach wäre der Schaden für die Grüne Branche gross, insbesondere für die Zierpflanzenproduktion.

Leider kommt die parlamentarische Initiative nicht zur Abstimmung. Im Gegensatz zu den beiden Volksinitiativen schlägt dieser Gesetzesentwurf eine Umstellung der Produktion auf freiwilliger Basis vor, unterstützt durch finanzielle Anreize und Fördermittel. Den Weg, den die parlamenta-

rische Initiative vorschlägt, beurteile ich als anspruchsvoll, aber begehbar. Auf gewisse chemische Hilfsstoffe sind wir angewiesen, andere könnten reduziert oder durch biologische Pflanzenschutzmittel ersetzt werden.

Wie weit wäre auch der GaLaBau von einer Annahme der Pestizidinitiativen betroffen?

In der Pflege und im Unterhalt beispielsweise von Gärten, Grünflächen und Sportrasen kommen chemische Hilfsstoffe zum Einsatz. Viele Gartenbaubetriebe sind in konventionellen Kundenfeldern positioniert und nicht einzig im Naturgartensegment. Zahlreiche private Hausbesitzer wünschen nach wie vor stark gepflegte Gärten und lassen sich wenig für Anliegen der Biodiversität sensibilisieren. Konventionelle Gärten mit Rasen oder beispielsweise auch mit Rosen benötigen zuweilen Behandlungen mit chemischen Mitteln. Nur so kann dieses aufgeräumte Erscheinungsbild beibehalten werden.

Die Initianten führen eine schrille, emotionsgeladene Abstimmungskampagne. Was kann die Grüne Branche sachlich entgegenhalten?

Wir zeigen auf, welche Anstrengungen für einen nachhaltigeren Pflanzenschutz bereits heute unternommen werden. In den vergangenen zehn Jahren ist der Einsatz von konventionellen Pflanzenschutzmitteln um 40 Prozent zurückgegangen. Zwar wird immer noch zu viel mit synthetischen Pflanzenschutzmitteln (PSM) angebaut. Doch wir können auch erklären, dass kurz und mittelfristig noch weit mehr drin liegt, wenn ernsthaft nach neuen Lösungen gesucht wird. Zusätzlich sollten wir dazu stehen, dass wir Nachholbedarf haben. Am besten legen wir selbst offen dar, in welchen Bereichen dringend Verbesserungen notwendig sind. Eine solche Versachlichung beginnt im Kundengespräch. Wenn wir die Pflanzenproduktion sowie die Gartenpflege und den Grünunterhalt, die mit Umweltbelastungen verbunden sind, nicht schönreden, wirken wir glaubhaft. Ebenso können wir klar signalisieren, dass wir gewillt sind, vermehrt ökologisch zu produzieren, aber dies nicht von heute auf morgen tun können.

Wird eine ökologische Produktion vernachlässigt?

Das kann man so nicht sagen. Klartext sollte man aber schon sprechen, auch um den beiden Initiativen den Wind aus den Segeln zu nehmen: Massnahmen zum Schutz der Umwelt müssen vermehrt definiert, schneller umgesetzt und konsequenter eingefordert werden. Mir ist nicht klar, wieso beispielsweise die Weiterbildungspflicht für den Verkauf von chemischen PSM so lange dauert. Dass sie eingeführt werden soll, hat der Bund schon vor langer Zeit beschlossen. Ebenso ist der Konsens vorhanden, dass der



Biologische Pflanzenschutzmittel und -methoden kommen in Gärtnereien bereits zum Einsatz. Mit Fördergeldern des Bundes könnte die Umstellung auf einen nachhaltigen Pflanzenschutz begleitet werden. Foto: zVg

PSM-Verkauf für die beruflichen Anwender stärker reglementiert und für Private noch mehr eingeschränkt werden soll. Einen sorgfältigen Umgang mit PSM hätte man schon länger in die Wege leiten können, umso mehr Deutschland beispielsweise eine solche Weiterbildungspflicht bereits seit 2016 eingeführt hat. Nichtstun hingegen ist Wasser auf die Mühle der Initianten.

Ausserdem zeigen Untersuchungen, dass Privatgärtner und Hausbesitzer sensibilisiert

und in die Pflicht genommen werden müssen, möglichst keine PSM zu verwenden: Viele Privatanwender kennen das Herbizid-Verbot auf Wegen und Plätzen nicht. Und diejenigen, die das Verbot kennen, ignorieren es oft bewusst. Ebenso müssten die Hersteller chemischer Mittel für Private auf dem Etikett korrekt in Wort und Bild über den Verwendungszweck informieren. In der Vergangenheit haben sie verschiedentlich auf dem Bild Anwendungen suggeriert, die gemäss Text nicht zutrafen.

Könnte die parlamentarische Initiative «Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren» mehr Tempo in den Schutz der Umwelt bringen? Ja, gewiss. Erforderlich wäre, dass mit öffentlichen Geldern die Forschung, Lehre und Beratung sowohl für die Landwirtschaft als auch für die Gärtnerbranche verstärkt würde. Notwendig sind innovative Pflanzenschutzmittel und nachhaltige Produktionsmethoden. Die Pflanzenproduktion ist gemäss Landwirtschaftsgesetz, Artikel 3,

Ein grosser Teil der Verbandsmitglieder ist existenziell bedroht



Foto: Leandra Jordi

JardinSuisse vertritt die Interessen der Garten- und Landschaftsbauern, der Baumschulen, der Produzenten von Zierpflanzen und Schnittblumen und des gärtnerischen Detailhandels. Die Initiativen betreffen nicht alle Fachbereiche gleich. Eine Annahme oder Ablehnung der Initiativen beeinflusst das Geschäft der Betriebe im Garten- und Landschaftsbau nur wenig.

Direkt betroffen sind hingegen die produzierenden Betriebe. Rund 600 von ihnen sind Mitglied von JardinSuisse. Ihre Fachräte im Verband vertreten die Meinung, dass eine Annahme der Initiativen für viele Produzenten eine existenzielle Bedrohung ist, da die Umsetzung kaum möglich sein wird. In den vergangenen Jahren haben diese Betriebe schon grosse Anstrengungen unternommen, Pflanzenschutzmittel zu reduzieren.

Wenn in einem Unternehmerverband ein substanzieller Anteil seiner Mitglieder bedroht ist, ist es seine Pflicht, sich für diese Betriebe einzusetzen. Deshalb stellt der Verband den Betrieben, die sich gegen die Initiative einsetzen wollen, Kampagnenmaterial gegen die extremen Agrarinitiativen zur Verfügung.

Leider gibt es zu den beiden Initiativen keinen direkten Gegenvorschlag, über den das Volk gleichzeitig abstimmen kann. Im Parlament wurde jedoch der Gesetzesentwurf der ständerätlichen Kommission für Wirtschaft und Abgaben «Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren» eingereicht. Diese parlamentarische Initiative hat das Ziel, die Risiken durch den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln bis 2027 um 50 Prozent zu verringern. Ein solches Vorgehen würden der Zentralvorstand von JardinSuisse und sicherlich auch die Fachräte unterstützen.

Carlo Vercelli
Geschäftsführer JardinSuisse

eine landwirtschaftliche Tätigkeit und die Volkswirtschaftslehre teilt sie der Urproduktion beziehungsweise dem Primärsektor zu. Wenn es jedoch um Forschungsgelder geht, werden die Landwirtschaft und andere Branchen gefördert, unsere aber nicht. Die Landwirtschaft ist im Vergleich zur Pflanzenproduktion klar privilegiert. Für wissenschaftliche Projekte in den Bereichen Pflanzenschutz, Produktionsmethoden und Gartenbau ist kaum Geld vorhanden. Dabei könnte man mit wenig Geld viel erreichen.

Müsste eine Auslegeordnung bei den Subventionen gemacht werden?

Ja, genau, und dann müssen die öffentlichen Gelder gerecht verteilt werden. Die Nachhaltigkeit im Anbau und im Pflanzenschutz soll in den Vordergrund gerückt werden.

Wie nachhaltig kann der Pflanzenschutz in Zukunft werden?

Heute sind einige Methoden und Verfahren bekannt und haben sich bewährt. Stichworte dazu sind die mechanische Unkrautregulierung sowie der Einsatz von Nützlingen und Bakterienpräparaten. Eine besondere Herausforderung ist meiner Einschätzung nach die Bekämpfung von Pilzkrankungen. Sie müsste intensiver als bisher mit Forschung begleitet werden. Grosses Potenzial sehe ich ausserdem bei der Umsetzung. Damit innovative Methoden in der Pflanzenproduktion und im GaLaBau zur Anwendung kommen, ist Beratung nötig. Wenn plötzlich Gärtner ihr Sortiment anders kultivieren und GaLa-Bauer Grünflächen und Gärten biologisch pflegen und unterhalten sollen, müssen sie auf erprobtes Wissen zugreifen können. Die Bauern werden bei der Umsetzung neuer Methoden bereits unterstützt. Beispielsweise vermitteln in den meisten Kantonen landwirtschaftliche Beratungsdienste Wissen.

Wie kann in der Branche eine innovative Haltung gefördert werden?

Die Suche nach neuen Methoden in der Produktion und im Pflanzenschutz benötigt öffentliche Gelder und Unterstützung im Aufbau von Netzwerken. Wissen ist das eine und Erfahrung das andere. Wenn wir weiterkommen wollen, müssen wir die Beratung und den Erfahrungsaustausch mit Erfa-Gruppen fördern. Auch bietet die Digitalisierung neue Chancen: An Hochschulen oder in vielen Unternehmen organisieren sich Forscher und Fachleute zu einer Community und tauschen sich über digitale Plattformen aus. Weiter könnte für die Kulturführung im Gewächshaus und Feld oder für die Pflanzenvermehrung in der Baumschule bald schon der Zugriff auf

Die Pestizidverbotsinitiative ist zu radikal



Foto: zVg

Die Initiative schiesst über das Ziel hinaus und verfehlt damit den Zweck. Hinter dem Ziel, die negativen Einflüsse von Pestiziden auf die Umwelt zu minimieren, kann ich klar stehen. Ein Pestizidverbot in der Schweiz und damit ein vermehrter Import von Agrarprodukten aus dem Ausland machen keinen Sinn. Bei einer Annahme der Pestizidverbotsinitiative bleiben Importe von Pflanzen möglich, die mit synthetischen Pestiziden behandelt wurden. Dies würde zu einer klaren Benachteiligung der Produzenten in der Schweiz führen. Die synthetischen Pflanzenschutzmittel richten in unseren Nachbarländern Schäden an. Dort sind die Auflagen für die Ausbringung zumeist lockerer. Über die Grenze gelangen diese Pestizide trotzdem – einfach auf der Pflanze anstatt in der Packung. Wollen wir das wirklich?

Aus meiner Sicht gehen wir bei uns in der Gärtnerei Lamprecht den richtigen Weg: Mit Nützlingen, Pflanzenstärkungsmitteln, geeigneten Kulturmethoden und

robusten Sorten konnten wir den Verbrauch von synthetischen Pflanzenschutzmitteln in den letzten Jahren bereits stark reduzieren. Wir schützen viele Kulturen heute ohne synthetische Pestizide. Im Notfall sind wir aber auf die chemischen Mittel angewiesen, um unsere Pflanzen in der vom Markt geforderten Qualität zu produzieren.

Unkraut bekämpfen wir bereits seit einigen Jahren erfolgreich mechanisch oder thermisch. In diesem Bereich brauchen wir keine synthetischen Mittel mehr. Dies führt beim Pflanzenschutz zu deutlich höheren Kosten, aber das ist uns die Umwelt wert. Viele unserer Kollegen gehen den gleichen Weg. Die Branche bewegt sich und verbessert sich laufend. Dies belegen auch die Statistiken zu den Verkaufsmengen von Pflanzenschutzmitteln in der Schweiz.

Der Umwelt ist am meisten gedient, wenn die Gärtner (und alle anderen Anwender von Pflanzenschutzmitteln) den bereits eingeschlagenen Weg weitergehen können. Ein Pestizidverbot in der Schweiz und damit eine Verlagerung der Pflanzenproduktion ins Ausland ist keine Option!

Jürg Gerber
Geschäftsführer Lamprecht Pflanzen AG

Datenbanken mit Smartphone und Tablet wichtig werden. Die Datentechnik und Sensorik ermöglichen eine präzise Kontrolle der Produktion und gezieltes Eingreifen bei Befall mit Schadorganismen. Im Grünunterhalt ist ein solcher Einsatz von Digital- und Datentechnik ebenfalls denkbar.

Die Schweiz hat die Tendenz, Umweltprobleme ins Ausland zu verlagern, statt sie selbst anzupacken. Könnte dies bei Annahme der Pestizidinitiativen einmal mehr der Fall werden?

Die Pestizidverbotsinitiative will in der Schweiz synthetische PSM verbieten, die Trinkwasserinitiative nur noch Direktzahlungen an Bauernhöfe zulassen, die pestizidfrei produzieren. Der Import von Pflanzen, die mit synthetischen PSM in Europa oder der ganzen Welt erzeugt werden, wäre weiterhin unbegrenzt möglich, ebenso der Einkaufstourismus. Dies ist eine Marktverzerrung, die wir Schweizer Produzenten nicht akzeptieren können oder wollen.

Wird das Ziel einer Nahrungsmittel- und Pflanzenproduktion ohne synthetische PSM je erreicht werden können?

Ich habe keine Kristallkugel, mit der ich verlässlich in die Zukunft blicken kann.

Doch bin ich überzeugt, dass wir in den kommenden Jahren einiges mehr für einen ökologischen Pflanzenschutz tun können, beispielsweise mit der Züchtung robuster Sorten und dem Einsatz neuer Techniken und Methoden. Ebenso verfügen wir heute über genauere Kenntnisse der Umweltchemie. Wir prüfen die Hilfsstoffe sorgfältiger als früher und lassen Mittel mit nicht akzeptabler Langzeitwirkung auf die Umwelt gar nicht mehr zu. Darüber hinaus stehen die Konsumentinnen und Konsumenten in der Verantwortung. Für sie stellt sich die Frage: Wäre ich auch mit weniger perfekten Pflanzen zufrieden, wenn dadurch die Umwelt entlastet würde?

JardinSuisse hat den Mitgliedern das **Argumentarium** Anfang April per E-Mail zugestellt. g'plus berichtet in der **Serie «Nachhaltiger Pflanzenschutz»** über eine umweltschonende Produktion und porträtiert Gärtnereien, die bereits auf einen ökologischen Pflanzenschutz setzen. Die Beträge finden Sie unter www.gplus.ch → Dossier Pflanzenschutz.

Zum **«Herbizid- und Biozidverbot auf Wegen und Plätzen»** hat JardinSuisse eine Broschüre veröffentlicht. Sie kann heruntergeladen werden unter www.jardinsuisse.ch → Suchen: «Herbizid»